

#r2g in Thüringen – Nicht alles anders, aber um vieles besser: demokratisch, sozial und ökologisch

von Astrid Rothe-Beinlich, 16.Dezember 2014

Rot, grün und rot sind die beherrschenden Farben dieser Jahreszeit – so ist das kurz vor Weihnachten. Was aber, wenn sich LINKE, SPD und Grüne auch politisch – konkreter: In einer Koalition und das unter einem linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow - zusammen tun? Droht da der Untergang des christlichen Abendlandes? Haben die Bündnisgrünen ihre Wurzeln verraten? Ist das der zweite Sündenfall? Oder haben wir es – 25 Jahre nach der friedlichen Revolution - schlicht mit einer Anerkennung von Lebensrealitäten auch im politischen Raum zu tun?

Die Aufregung jedenfalls war groß – wenngleich erwartbar. Schließlich ging es – so ist das bei Wahlen – um nicht mehr oder weniger als um die Macht. Und die lag in den letzten 24 Jahren in Thüringen maßgeblich bei der CDU, welche sich fortan auch so aufführt(e), als gehöre ihr das ganze Land. `Top Thüringen` lautete der Slogan der selbsternannten Thüringenpartei und entsprechend verfilzt zeigen sich auch sämtliche Ministerien und Institutionen. Daran hat auch die schwarz-rote Koalition in der letzten Legislatur wenig ändern können. Im Gegenteil.

Dabei standen 2009 die Zeichen in Thüringen schon einmal auf Wechsel. Auch damals sondierten nach der durch Althaus mehr oder weniger verlorenen Landtagswahl rotrotgrün einer- und schwarz-rot andererseits – die SPD entschied sich vor fünf Jahren jedoch für die CDU. Auch das trug für selbige bei der Landtagswahl 2014 sicher zum Absturz auf etwas über 12 Prozent bei.

Am Wahlabend des 14. September 2014 wurde jedenfalls allen klar, dass es für Thüringen nur zwei denkbar knappe Optionen gab. Ein Weiter so der zutiefst zerstrittenen KoalitionärInnen von CDU und SPD mit einer Stimme Mehrheit oder einen Neustart von LINKE, SPD und uns Bündnisgrünen.

Dazu eine AfD-Fraktion mit dem rechtsidentitären Björn Höcke an der Spitze, die über 11 Abgeordnete im 91köpfigen Landtag verfügt.

Unmittelbar nach der Wahl begannen daher die Sondierungen – so traf sich die SPD einerseits mit der CDU und andererseits mit Linken und Grünen. Sondiert wurde mit jeweils 4 bzw. 5 VertreterInnen der Parteien. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war von Anfang an zentral, sich zu Fragen der Aufarbeitung auch und gerade angesichts der besonderen historischen Verantwortung für die SED-Diktatur zu verständigen. Daraus entstand die viel beachtete Erklärung unter der Überschrift: „Die Würde des Menschen ist unantastbar – Zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte“, welche wortwörtlich Eingang in die Präambel des Koalitionsvertrages fand.

Nach den Sondierungen folgte ein Mitgliederentscheid der SPD über den Vorschlag des Vorstands, Koalitionsverhandlungen mit Linken und Grünen aufzunehmen. Dieser wurde mit fast 70 Prozent unterstützt. Die Landesvorstände von Linken und Grünen votierten jeweils einstimmig dafür.

Daraufhin nahmen sechs inhaltliche Arbeitskreise die #r2g – Koalitionsverhandlungen auf. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden jeweils in großen Koalitionswrunden mit je 10 VertreterInnen der LINKEN, SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beraten und beschlossen.

Begleitet wurden unsere Beratungen von intensiven Protesten seitens der CDU, der AfD und besorgter BürgerInnen. Hinzu kam eine bundesweite Medienaufmerksamkeit angesichts eines ersten

möglichen Ministerpräsidenten der LINKEn in einem ostdeutschen Bundesland. Diese gipfelten unter anderem in einer Demonstration mit der Selbstzuschreibung #Lichtermeer mit Fackeln und Kerzen am 9. November auf dem Erfurter Domplatz. Sehr bewusst wurde sich entschieden, just an diesem Tag mit Rufen wie: „Wir sind das Volk“; „Bodo raus“, „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“ und „Schande“ gegen eine rot-rot-grüne Regierung zu demonstrieren und man scheute dabei auch nicht die Unterstützung von AfD und NPD. An der Spitze stand unter anderem die Ex-Volkskammerabgeordnete aus der CDU-Blockpartei Marion Walsmann (unter der CDU auch Finanz-, Justiz- und Staatskanzleiministerin) die sich mit einer schwarz-rot-goldenen Fahne in der Hand auf der das Logo „Schwerter zu Pflugscharren“ aufgebracht war, medienwirksam zu inszenieren wusste.

Am 20. November lag die inhaltliche Endfassung des Koalitionsvertrages vor. Und es folgten die Urabstimmungen bei der LINKEn und uns Grünen. 93 Prozent der LINKEn bzw. 84 Prozent unserer Mitglieder sprachen sich bis Anfang Dezember dafür aus, Thüringen r2g gemeinsam voran zu bringen – demokratisch, sozial und ökologisch.

Die FDP-Jugend schickte uns letzte Bananen vor dem vermeintlichen Mauerbau, es gab Übergriffe auf Wahlkreisbüros, Sachbeschädigungen, Einschüchterungen und empört-moralisierende Drohgebärden. Auch innerparteilich sahen einige Abgeordnete der Koalitionsfraktionen ihre Stunde gekommen, sich für bestimmte Positionen ins Gespräch zu bringen, schließlich ging und geht es um jede Stimme.

Während die CDU-Fraktion implodierte und mit einer Gutachtenschlacht versuchte, ihre eigene Zerstrittenheit zu kaschieren, die bisherige Ministerpräsidentin Lieberknecht ihren Rückzug antrat und sich herauskristallisierte, dass die CDU kein personelles Angebot für die Wahl machen würde, obgleich der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring dahingehend mit der AfD gemauschelt hatte, setzte ein massiver Druck auf die Abgeordneten insbesondere von SPD und uns Grünen ein. Uns wurde vorgeworfen, die Demokratie zu verraten, sollten wir es wagen, Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten zu wählen. Besonders denkwürdig die Aufforderung diverser „Blockflöten“ oder von CDU-Abgeordneten West, wir sollten künftig das BÜNDNIS 90 aus unserem Namen streichen.

Und während wir am 4. Dezember an die Besetzung der Erfurter Stasizentrale vor 25 Jahren erinnerten, lud einmal mehr ein illustres Bündnis zur Demonstration gegen r2g vor den Thüringer Landtag.

Am 5. Dezember schließlich war es soweit. Begleitet von Medien aus aller Welt stand im Thüringer Landtag die Wahl des Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung.

Im ersten Wahlgang entfielen auf unseren gemeinsamen Vorschlag 45 Stimmen. Im 2. Wahlgang wurde Bodo Ramelow mit den 46 Stimmen aus Linke, SPD und von uns Bündnisgrünen zum Ministerpräsidenten gewählt.

Wenige Stunden nach seiner Wahl ernannte Ramelow das rot-rot-grüne Kabinett, in dem wir künftig mit der grünen Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz –Anja Siegesmund und dem grünen Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz Dieter Lauinger vertreten sind.

Derzeit laufen die Standortwechsel ohne Standpunktwechsel – so hoffen wir es zumindest☺

Nach den MinisterInnen wurden auch die StaatssekretärInnen benannt. Flugs verwaiste Ministerialbüros müssen nun mit Leben gefüllt, Ressortneuerungen auf den Weg gebracht und

personelle Unterstützungen für die angedachten Reformen auf den Weg gebracht werden. So steht beispielsweise die uns zugesagte Stabstelle in der Staatskanzlei, um auch dort der Regierungsrealität bestehend aus drei Fraktionen Rechnung zu tragen, noch aus.

In unserer sechsköpfigen Fraktion haben wir uns teilweise schon neu aufgestellt – allerdings stehen auch hier noch Wechsel bevor. Der Jetzt-Staatssekretär Olaf Möller muss in den nächsten Wochen sein Mandat niederlegen – ihm folgt in die Fraktion Babette Pfefferlein. Ministerin Anja Siegesmund wird spätestens in einem Jahr dem Parteitagsbeschluss folgend ihr Mandat niederlegen. Bis dahin verteilen sich die Ausschüsse etc. auf 4 bzw. in Bälde 5 Abgeordnete. Der Oppositionszuschlag fällt weg, was für die Fraktion weniger Gelder für MitarbeiterInnen bedeutet.

Dirk Adams ist unser neuer Fraktionsvorsitzender, ich selbst bin auch in Zukunft unsere Parlamentarische Geschäftsführerin. Mit Madeleine Henfling und Roberto Kobelt teilen wir uns die künftige inhaltliche Arbeit in 11 regulären Ausschüssen und diversen Gremien. In Kürze wird auch wieder ein NSU-Untersuchungsausschuss die notwendige Aufklärungsarbeit fortsetzen, außerdem haben wir eine Enquetekommission zu Rassismus vereinbart.

Was aber hat mich oder uns bewogen, uns auf dieses Wagnis einzulassen?

Das ist der alte Grundsatz: Auf die Inhalte kommt es an.

Schaut man in den Koalitionsvertrag finden sich darin nicht nur eine grüne Handschrift sondern viele unserer Herzensanliegen von einer grünen und emanzipatorischen Politik wieder.

Mit dem ersten #r2g-Kabinettsbeschluss wurde ein Winterabschiebestopp auf den Weg gebracht. Der gesamte Bereich Migration findet sich künftig nicht mehr im Innenressort, sondern in einem grün geführten Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz wieder. Nun liegt es natürlich auch an uns zu beweisen, dass uns der Paradigmenwechsel hin zu einer menschenrechtsorientierten Flüchtlings- und Integrationspolitik tatsächlich gelingt.

Energie als Gesamtthemenkomplex ist künftig im grünen Umwelt, Energie- und Naturschutzministerium verankert.

Aufarbeitung ist nicht nur Schwerpunktthema der Präambel sondern auch elementarer Bestandteil in den Bereichen Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik – und zwar im umfassenden Sinne. Wir sind uns hier unserer historischen Verantwortung voll und ganz bewusst.

Bildung öffnet die Türen zur Welt und wir setzen künftig auf Teilhabe für alle von Anfang an – von der frühkindlichen Bildung bis ins Erwachsenenalter - und zwar in allen Bildungseinrichtungen, ganz gleich, in welcher Trägerschaft sie sich befinden. Für uns sind freie und staatliche Schulen Teil des öffentlichen Bildungswesens und sollen bestmögliche Gelingensbedingungen auch für Inklusion bieten.

#r2g macht sich stark für öffentlich geförderte und gemeinwohlorientierte Beschäftigung.

Wir setzen auf den Thüringentakt und öffentliche Mobilität mit Zeit für richtig guten Verkehr.

Wir ziehen die Konsequenzen aus dem Staats- und Behördenversagen rund um die Verbrechen des NSU, machen Schluss mit dem V-Leute-System und packen auch hier überfällige Reformen an.

Kurzum: Auf 106 Seiten findet sich ein Programm, für das in dieser Konstellation zu streiten sich lohnt. Natürlich haben wir grünintern viel diskutiert, hinterfragt, abgewogen und es uns nicht leicht gemacht.

Fakt war und ist aber, dass es uns immer darum ging, auch zu verändern. Nach unserem Wiedereinzug in den Thüringer Landtag 2009 konnten wir immer wieder zeigen, dass wir nicht nur Ideen, sondern auch gute Konzepte haben. Allerdings verschwanden viele unserer Vorhaben immer wieder in den sinnbildlichen Schubladen, weil uns schlicht die Mehrheiten im Landtag fehlten – beispielhaft ist hier sicher unser grünes Bildungsfreistellungsgesetz oder aber auch unser Vorhaben schon in der letzten Legislatur, endlich Schluss mit dem V-Leute-System zu machen.

Wir haben vorm Verfassungsgericht für die freien Schulen gekämpft und die Landesregierung hat verloren. Mit #r2g können, dürfen und müssen wir unsere Vorhaben in dem Bereich in Gesetzesform gießen und umsetzen.

Wir wollten immer ein grundsätzliches Umdenken in der Flüchtlingspolitik. Nun werden wir beweisen müssen, ob und wie uns das gelingt.

Wir wollten den Umwelt- und Naturschutz stärken und nicht länger Hobbyelefantenjägern dieses Ressort überlassen. Nun können wir genau hier umgestalten.

Ich selbst komme aus der kirchlichen Umweltbewegung der DDR. Mir muss weder ein Herr Kauder noch ein Herr Tschipanski von der CDU erklären, wo meine Wurzeln liegen oder was Verrat sei. Ich bin aber 1989 auch nicht auf die Straße gegangen, um künftig 25 oder gar 30 Jahre nur von der CDU regiert zu werden. Ich sehe die Zeit für umfassende Aufarbeitung bekommen. Allerdings lässt sich Verantwortung nicht alleine an der SED und der Stasi fest machen. Es gab sehr viele kleine und größere Rädchen im Getriebe der DDR (und auch in der sog. Nationalen Front), die dafür sorgten, dass diese Diktatur so lange mit Zersetzung, Bespitzelung, Repression und auch Mord gegen die eigene Bevölkerung vorging.

Gerade deshalb weiß ich, warum ich wie entschieden habe. Versöhnung lässt sich nicht verordnen, aber man kann dafür die Räume bieten.

Es ist Realität in Thüringen, dass die LINKE auch in der sechsten Legislatur in Thüringen die zweitmeisten Stimmen der Menschen erhalten hat. Das ist Demokratie. Und ich habe mir die Freiheit genommen, für dieses Bündnis und somit auch für Bodo Ramelow zu stimmen, weil ich davon überzeugt bin, dass wir gemeinsam, wenn auch nicht alles anders, doch vieles besser machen können.

Doch dafür braucht es Weitblick und die Mitnahme aller – gerade bei uns selbst.